

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Die verbündeten Gegner

Unter diesem Titel veröffentlicht die führende Schweizer Wochenzeitung *Die Weltwoche* (Nr. 1633 vom 26. Februar 1965) einen Leitartikel von *Heiner Gautschy*; der Verfasser, der während vieler Jahre als Korrespondent des Schweizer Rachos in den USA lebte, darf als einer der besten europäischen Kenner der amerikanischen Politik gelten. Wir wollen diesen bemerkenswerten Aufsatz ausführlich zitieren:

„Während Jahren bestand die zentrale Erfahrung der Freien Welt in der Bedrohung durch den russischen Koloß. Diese Erfahrung grub sich s.o tief ins westliche Bewußtsein ein, daß sie zu einer Art konditioniertem Reflex wurde und unsere Haltung selbst dort bestimmt, wo sie einer veränderten Wirklichkeit nicht mehr genügt. In der Vorstellung vieler ist jedoch die UdSSR nach wie vor die Wurzel allen Übels, der Kardinal- und Erzfeind, der allem Koexistenzgerede zum Trotz am erklärten Ziel der Weltrevolution festhält, ein Widersacher, mit dem es allenfalls einen temporären Waffenstillstand, aber nie und nimmer einen Frieden geben kann.

Deckt sich dieses Bild, das auf die Stalin-Periode zurückgeht, noch mit der Wirklichkeit von heute? Keine Frage: der Antagonismus zwischen Ost und West, zwischen Moskau und Washington und den beiden Welten, die sie vertreten, geht tief, sehr tief, und kein vernünftiger Mensch wird ihn verkleinern. Aber das sollte uns nicht den Blick dafür trüben, daß zwischen Amerika und Rußland, allen tiefen Gegensätzen zum Trotz, zugleich auch eine Gemeinsamkeit von Interessen besteht.

Zuerst und vor allem: Amerika und Rußland ist gemeinsam, daß sie allein ein Atomarsenal und die entsprechenden Beförderungsmittel besitzen, die es ihnen gestatten, nicht nur gegenseitig ihre eigenen Länder, sondern jedes beliebige Land der Welt in eine radioaktive Wüste zu verwandeln. Von diesem zentralen Faktum leiten sich weitere Gemeinsamkeiten her: beide der Gefahr totaler Vernichtung ausgesetzt, teilen sie — ganz lapidar — den Willen zum Überleben. Weiter: beide müssen darauf bedacht sein, ihre Sonderstellung zu wahren und eine Proliferation der Atomwaffe zu verhindern, wenn sie nicht riskieren wollen, eines Tages durch kleinere Mächte nuklear erpreßt zu werden. Tatsächlich hat Rußland seine Atomgeheimnisse genauso wenig mit seinen chinesischen Alliierten geteilt wie Amerika die seinen mit Frankreich. Ferner: das ungeheure Vernichtungspotential, über das sie verfügen, gibt ihnen nicht etwa eine größere, sondern im Gegenteil eine geringere Handlungsfreiheit. Es zwingt beide, ob sie es wollen oder nicht, zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung, was ihre eigenen Interessenkonflikte betrifft. Und in jenen Teilen der Welt, die sich ihrer direkten Kontrolle entziehen, muß es in ihrem beiderseitigen Interesse liegen, offene Konflagrationen, in die sie als Atommächte verwickelt werden könnten, zu verhindern oder, wenn der Brand ausgebrochen ist, ihn zu lokalisieren.

Es ist klar, daß die Kremelführer noch lange über den Zeitpunkt hinaus, in dem Rußland zur vollgültigen Thermo-Nuklearmacht wurde, handelten, als sei die Wasserstoffbombe nichts weiter als ein gewöhnliches, nur eben besonders wirksames Kriegsmittel, und daß sich ihre politische Strategie weiterhin in den gewohnten Bahnen bewegt. Man denke an Kuba, Berlin und den Kongo. Weit weniger klar aber ist, daß in Moskau ein Neuüberdenken in Gang gekommen ist, zögernd noch, begleitet von vielen Rückfällen, aber doch unverkennbar. Den Anstoß dazu gab gerade die Kuba-Krise. Sie war es, die den Kremelführern den Schock verabfolgte, der offenbar nötig war, um sie aus ihren verkrusteten Denkformen aufzurütteln. Bezeichnend auch, daß auf die Konfrontation in Kuba nicht, wie man hätte meinen sollen, eine weitere Verschärfung des Spannungs-

zustandes erfolgte, sondern im Gegenteil jene Detente und jenes Nachlassen des Kalten Krieges, auf die auch der Führungswechsel im Kreml keinen Einfluß hatte.

Es war ja nicht allein Kuba, das diese Entwicklung bewirkte, Kuba gab den äußeren Anstoß. An ihrer Wurzel liegt, weit wichtiger, Moskaus Konflikt mit Peking. Der Antagonismus zwischen Rußland und China ist viel tiefer, als von den Beteiligten zugegeben wurde, und hat wenig mit den führenden Persönlichkeiten zu tun. Daß sich durch die Ausbootung Chruschtschows nichts änderte, beweist es überzeugend.

Auch die ideologischen Phrasen, mit denen gefochten wird, haben wenig zu bedeuten. In Wahrheit handelt es sich vor allem um fundamentale und nationale Interessengegensätze: China, arm und überbevölkert, wirtschaftlich rückständig, geführt von einer Partei, die durch Krieg groß geworden ist, hungert nach Macht, Gütern, Lebensraum. Und diese Ansprüche sind ihrer Natur nach nur auf Kosten Rußlands zu befriedigen. Denn nur Rußland besitzt im großem Maßstab, wonach China verlangt. Dazu kommen noch Aspirationen des Prestiges, der politischen Führerstellung und der Geltung als Weltmacht. Bedenkt man noch, daß die beiden Länder — das eine mit 220, das andere mit 750 Millionen Einwohnern — aneinanderstoßen mit einer Grenze von vielen tausend Kilometern Länge, die kaum zu verteidigen ist, dann leuchtet ein, daß Rußlands Konflikt mit China in Wahrheit viel ernster ist als sein Konflikt mit den USA.

Gewiß, Rußlands und Amerikas Philosophien und soziale Systeme gelten wechselweise als verabscheuungswürdig. Noch haben Moskau und Washington nicht auf alle Versuche verzichtet, das System des Gegners zu Fall zu bringen. Aber ihre Länder sind durch zwei Ozeane voneinander getrennt, es gibt zwischen ihnen keine Gebietsansprüche, und nur ihre Einflußsphären berühren sich. Ihr Lebensstandard ist verschieden, aber ihre Bevölkerungszahl ist vergleichbar, nicht anders als ihre technischen Leistungen. Beide sind imstande, Satelliten in den Weltraum zu befördern, und beide verfügen über die Waffe, von der sie wissen, daß sie sich damit gegenseitig auslöschen können.

Kann es zweifelhaft sein, daß die Russen von China weit mehr zu befürchten haben als von Amerika? Ich glaube, auch die Russen sind im Begriff, das einzusehen. Jedenfalls haben sie, vor einen politischen Zweifrontenkrieg gestellt, bezeichnenderweise im Westen und nicht im Osten entspannt. Es mag taktische Rückfälle in den Kalten Krieg geben, es mag den Russen schwerfallen, in einem Dilemma wie heute in Vietnam die ideologische Bündnistreue und Koexistenz mit dem Westen zu optieren, aber ich glaube, der

Annäherungsprozeß an den Westen, der nach Kuba begonnen hat, kommt trotzdem nicht zum Stillstand, einfach weil die objektiven Gegebenheiten in diese Richtung drängen.

Man braucht nicht an eine förmliche Allianz zu denken. Eine solche ist wenig wahrscheinlich. Weit eher erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington und ihren beiderseitigen Alliierten in Gestalt eines stillschweigenden Einverständnisses, vergleichbar etwa dem, was im 19. Jahrhundert ein Konzert genannt wurde — ein Zustand, in dem jede Nation die ihr gemäße Stimme zur Geltung bringen kann und in dem die internationalen Formen und Normen wieder gewahrt werden. Mit einem Wort: es wäre die echte friedliche Koexistenz."

Hinweise

Eine sehr gründliche Untersuchung „Ansatzpunkte für die Diskussion der Einkommens- und Vermögensverteilung" hat Horst Hinz in Heft 6 des 10. Jahrgangs von *Konjunkturpolitik* — Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung (Verlag Dunker & Humblot, Berlin) — veröffentlicht.

„Tabus und autoritäre Tendenzen" heißt ein lesenswerter Aufsatz von Rainer Waterkamp, veröffentlicht in Heft 158 der Zweimonatsschrift *Politische Studien* (Olzog Verlag, München).

Unter dem Titel „Israel darf von uns nicht brüskiert werden" hat Günter Pehl mit seinem Leitartikel in der Angestelltenzeitschrift *Wirtschaft und Wissen* (Nr. 3/1965) einen besonders beachtenswerten Beitrag zur Diskussion über die deutsche Nahostpolitik veröffentlicht. Auch auf den Aufsatz „Israel und wir" von Werner Spanehl (*Deutsche Post*, Nr. 2/1965) sei in diesem Zusammenhang verwiesen. Über die von Israel geleistete „Entwicklungshilfe eines sich entwickelnden Landes" ist in der Beilage 50/1964 zur Wochenzeitung *Das Parlament* eine wertvolle Studie von Ernst-Joachim Freiherr von Ledebur erschienen.

„Ist Antisemitismus ein Verbrechen?" ist das Thema einer breit angelegten Diskussion, die — mit zunächst acht Beiträgen — in der österreichischen Zeitschrift *Die Zukunft* (Heft 4/1965) eröffnet worden ist. In demselben Heft findet man eine lesenswerte Abhandlung „Angestellte und Arbeiter gehören zusammen" von Josef Hindels.

Ein Aufsatz „Der Kampf gegen die Armut in den USA", aus der Feder von Dr. Robert Adam, ist im Januarheft 1965 der *Zeitschrift für Sozialreform* (Verlag Chmielorz, Wiesbaden) erschienen. In demselben Heft schreibt Dr. Winfried Haase über „Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer".

W.F.